



Frontlinie

NATO-Eintritt Schwedens und Finnlands für indigene Bevölkerung der Sámi ein Problem. Kultur und Wirtschaft sind von geopolitischen Konflikten bedroht. Vertreter um Frieden bemüht. Von Gabriel Kuhn

SEITE 3

5.000 Abos für die Pressefreiheit! Bestellen auf jungewelt.de/abo

GEGRÜNDET 1947 · MITTWOCH, 25. JANUAR 2023, NR. 21 · 2,00 EURO (DE), 2,20 EURO (AT), 2,70 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Tübinger Maßstäbe

Kommission zur Überprüfung von Straßennamen rückt Clara Zetkin in die Nähe von Faschisten

4

Wissings Bremse

Starttermin für 49-Euro-Ticket wackelt wegen Streitigkeiten. Minister dringt auf digitale Fahrkarte

5

Forest Defenders

USA: Umweltschützer von Polizisten erschossen. Aktivisten droht Anklage wegen Terrorismus

7

Haydns Spaß

Tote Winkel ausgeleuchtet. Giovanni Antonini zeigt uns einen anderen Wiener Klassiker

12

Druck im Kessel

Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst: Gewerkschaften fordern 10,5 Prozent mehr Lohn, Gegenseite hält das für »nicht leistbar«.
Von Gudrun Giese



Erwarten echte Lohnerhöhungen: Demonstration am Dienstag zum Auftakt der Tarifverhandlungen in Potsdam

Im öffentlichen Dienst stehen Warnstreiks bevor. Denn nach dem Auftakt der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten von Bund und Kommunen am Dienstag steht fest: Ein schneller Tarifabschluss für die rund 2,5 Millionen Müllwerker, Pflegekräfte, Verwaltungsangestellte und viele Beschäftigte anderer Berufsgruppen ist unwahrscheinlich.

Die Forderung der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi und des Beamtenbunds DBB nach 10,5 Prozent mehr Lohn, mindestens aber einem Plus von 500 Euro monatlich konterte die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) bereits vor Gesprächsbeginn am Morgen als »nicht leistbar«. Neben der VKA verhandelt das Bundesinnenministerium, da es in der Tarifrunde um die Beschäftigten beim Bund und bei den Kommunen geht.

Verdi hatte vorab deutlich davor gewarnt, die Beschäftigten ohne ernsthaftes Angebot lange hinzuhalten. »Im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen brodelt es«, erklärte der Verdi-Vorsitzende Frank Werneke laut einer Mitteilung vom Montag. Die Beschäftigten hätten den Eindruck, mit dem wachsenden Berg von Aufgaben allein gelassen zu werden. »Die

Belegschaften werden sich in der Tarifrunde nicht mit warmen Worten und einem schlechten Ergebnis abspesen lassen«, so Werneke weiter.

Vergleichbar hoch waren die Tarifforderungen zuletzt in den 1970er Jahren. Doch selbst wenn es jetzt 10,5 Prozent mehr Lohn geben würde, gleiche das nicht die Preissteigerungen durch die hohe Inflationsrate aus, erklärte Werneke dazu.

Dass Mitarbeiter in Verwaltungen und Betrieben der öffentlichen Daseinsvorsorge am Ende echte Lohnerhöhungen von dieser Tarifrunde erwarten, zeigt auch die hohe Beteiligung an einer Verdi-Umfrage: Danach unterstützen mehr als 325.000 Beschäftigte die Tarifforderungen. »Das zeigt, wie groß der Frust über den Zustand im öffentlichen Dienst ist und wie klar die Erwartungen an diese Tarifrunde sind«, so Werneke.

Überall fehle es an Personal. »Und die Inflation hat ihre Spuren gerade auch in den Portemonnaies vieler öffentlich Beschäftigter mit eher niedrigen bis mittleren Gehältern hinterlassen.«

Neben der Forderung nach Entgelt-erhöhungen von 10,5 Prozent für die Beschäftigten sollen nach Gewerkschaftsvorstellungen die Auszubildenden künftig 200 Euro monatlich mehr erhalten. Außerdem fordert Verdi für sie die unbefristete Übernahme nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung.

Die VKA verweist demgegenüber – wie in jeder Tarifrunde im öffentlichen Dienst – auf den »enormen finanziellen Druck«, unter dem die Kommunen und die kommunalen Unternehmen stünden, in diesem Jahr mit Verweis auf die »Auswirkungen der Coronapandemie sowie des Ukraine-Krieges«.

»Beschäftigte und kommunale Arbeitgeber« seien »von der Inflation gleichermaßen betroffen«, behauptete die Vereinigung in einer Mitteilung.

Man stehe vor der Bewältigung »vielfältiger Herausforderungen«, die es so noch nicht gegeben habe. »Daher appellieren wir an die Gewerkschaften, maßvoll zu sein und die schwierige Situation der kommunalen Arbeitgeber zu berücksichtigen.« Inwieweit sie sich vorgenommen hat, auch die angespannte finanzielle Situation der Beschäftigten zu berücksichtigen, ließ die VKA offen. Die nächsten Verhandlungsrunden sind bereits für den 22. bis 23. Februar sowie für den 27. bis 29. März terminiert. Warnstreiks dürfte es bis dahin geben, wenn die VKA und das Innenministerium kein oder nur ein unzureichendes Tarifangebot auf den Tisch legen.

Köpferollen in Kiew

Ukraine: Regierungsmitglieder wegen Korruption entlassen. Verteidigungsminister weist Vorwürfe zurück

Nach Korruptionsvorwürfen gegen Regierungsmitglieder und hohe Beamte hat der ukrainische Präsident Wolodimir Selenskij mehrere der Angegriffenen entlassen. Ihre Ämter verloren insbesondere Kirilo Timoschenko, stellvertretender Chef der Präsidentschaftsverwaltung, und vier von ihm eingesetzte Regionalchefs sowie der stellvertretende Verteidigungsminister Wjatscheslaw Schapowalow. Er hatte einen Vertrag abgezeichnet, der für Lebensmittellieferungen an die Armee weit überhöhte Preise bewilligt hatte. Inzwischen

nahm Verteidigungsminister Olexij Resnikow seinen ehemaligen Stellvertreter in Schutz: Die überhöhten Preise seien durch technische Fehler beim Übertragen von Zahlen in die entsprechenden Tabellen durch den Lieferanten entstanden. Insbesondere habe der Lieferant übersehen, dass Eier nicht nach Gewicht, sondern nach Stückzahl abgerechnet worden seien.

Wie das Portal *strana.news* aus der Präsidentschaftsverwaltung erfuhr, soll Timoschenko mit seinem Rücktritt einer offiziellen Anklage wegen Korruption um wenige Tage zuvorgekommen sein

und damit die Rolle des Blitzableiters übernommen haben. Hinter den Vorwürfen stehe die – von den USA installierte – Antikorruptionsagentur NABU (Nationales Antikorruptionsbüro der Ukraine). Ähnliche Vorwürfe gebe es aber auch gegen den Chef der Präsidentschaftsverwaltung, Andrij Jermak, und damit gegen einen der engsten Mitarbeiter des Präsidenten. So soll er insbesondere gemeinsam mit dem inzwischen nach Russland abgeschobenen Oligarchen Wiktor Medwedtschuk im Baugeschäft investiert haben. Jermak bestreitet die Vorwürfe.

Auch ein anderer Skandal ist weiter »entwicklungsfähig«. Der mit 400.000 US-Dollar mutmaßlichen Schmiergelds gefasste Vizeminister für Infrastruktur, Wasil Losinskij, hat seinen Aufstieg in die Regierung Ministerpräsident Denis Schmigal zu verdanken, mit dem er vorher in der Gebietsverwaltung von Lwiw zusammengearbeitet hatte. Ukrainische Medien fragen, wieviel Personalkarussell sich Selenskij noch leisten könne, ohne seine eigene Machtposition zu gefährden.

Reinhard Lauterbach

USA und Israel halten Großmanöver ab



Tel Aviv. Die USA und Israel haben eine großangelegte Militärübung begonnen. Tausende Soldaten, rund 140 Flugzeuge und ein Dutzend Kriegsschiffe seien an ihr bis Freitag in Israel und im östlichen Mittelmeer beteiligt, ließ Israels Armee am Montagabend verlauten. Medienberichten zufolge handelt es sich um das größte Manöver, das Israel und die USA je gemeinsam abgehalten haben. Hintergrund seien demnach wachsende Spannungen mit dem Iran. Nach Angaben des Militärs soll durch die Übung einer »Vielzahl regionaler Bedrohungen« begegnet werden. Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu sagte am Abend bei einem Treffen mit Vertretern des Amerikanisch-Jüdischen Komitees, es sei das gemeinsame Ziel Israels und der USA, den Iran davon abzuhalten, Atomwaffen zu erlangen. (dpa/JW)

Neue EU-Strategie: »Weltraummacht« werden

Brüssel. Die Europäische Union müsse umgehend zu einer eigenständigen »Weltraummacht« werden, forderte EU-Kommissar Thierry Breton am Dienstag mit Blick auf die großen Konkurrenten im All, USA, Russland und China. Es gehe darum, »die strategische Haltung der Union zu verbessern, um unsere Interessen zu verteidigen«, erklärte der Franzose bei der 15. Europäischen Raumfahrtkonferenz in Brüssel. Im März will die EU-Kommission eine entsprechende Strategie vorstellen. Es gehe um »Widerstandsfähigkeit und Sicherheit nationaler wie kommerzieller Weltraumsysteme«, aber am Ende auch um die »Fähigkeit der Union, auf Drohungen zu reagieren«. Die Brüsseler Behörde prüfe eine Art »Weltraumgesetzgebung«, die allgemein gültige Sicherheitsregeln aufstellen solle. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell erklärte den Ukraine-Krieg auf der Konferenz zum »Alarmsignal« in der Weltraumpolitik. (AFP/JW)

jW wird herausgegeben von 2.701 Genossinnen und Genossen (Stand 16.12.2022)
www.jungewelt.de/lpg



Sámi zwischen den Fronten

NATO-Eintritt Schwedens und Finnlands für indigene Bevölkerung ein Problem. Vertreter um Frieden bemüht. **Von Gabriel Kuhn, Stockholm**



Kultur und Wirtschaft der Sámi sind von geopolitischen Konflikten bedroht

Die Sorgen wurden früh artikuliert. Nur einen Tag nachdem Schweden und Finnland am 18. Mai 2022 ihren Antrag auf NATO-Mitgliedschaft eingereicht hatten, erklärte Per-Olof Nutti, Sprecher des samischen Parlaments in Schweden, einem Reporter des schwedischen Fernsehens, dass »NATO-Übungen einen großen Einfluss« auf seine Arbeit haben werden. Mehr als ein halbes Jahr später wurde diese Einschätzung auch im UN-Menschenrechtsrat präsentiert. Anlässlich eines Seminars zu den »Auswirkungen der Militarisierung auf indigene Gesellschaften« erklärte dort Rune Fjellheim, Sachverständiger des Samischen Rates, dass »die Mitgliedschaft Schwedens und Finnlands in der NATO zu mehr militärischen Einrichtungen, Übungen und Aktivitäten in Sápmi« führen werde.

Die Sámi sind die einzig offiziell anerkannte indigene Gesellschaft in der EU. Als Sápmi bezeichnen sie ihr traditionelles Siedlungsgebiet. Gegenwärtig wird die samische Bevölkerung auf ungefähr 100.000 Menschen geschätzt, die Mehrheit davon lebt in Norwegen. Die samische Gemeinde auf der russischen Kola-Halbinsel ist mit rund 2.000 Angehörigen die kleinste.

Die angebaute NATO-Mitgliedschaft Schwedens und Finnlands beschäftigt die samische Gesellschaft aus mehreren Gründen. Zum ersten ist die militärische Präsenz in Sápmi seit Jahrzehnten stark. Vor allem Winterübungen werden hier regelmäßig durchgeführt. Im NATO-Mitgliedsland Norwegen gibt es jede Menge feste militärische Einrichtungen. Schon jetzt bestätigen Berichte aus der Region die Befürchtung, dass eine NATO-Mitgliedschaft Schwedens und Finnlands diese Militärpräsenz weiter verstärken würde. Es wird eine höhere Frequenz an Militärflügen und Truppenbewegungen beobachtet, und im nordschwedischen Nationalpark Abisko wurde der vom schwedischen Militär frequentierte Hubschrauberlandeplatz aufgerüstet.

Die militärische Aufrüstung in der Region bleibt nicht auf Sápmi beschränkt. Es gibt einen Kampf um die Kontrolle der Arktis. Die ist reich an Rohstoffen (Metalle, Erdöl, Erdgas). Durch die Eisschmelze öffnen sich neue Seewege, Militärbasen haben große strategische Bedeutung. In Sápmi protestieren samische Aktivisten immer wieder gegen Bergwerksbauten, Eisenbahnprojekte und Militärübungen, die negativen Einfluss

auf die traditionelle Lebensweise der Sámi haben, deren materielle Grundlage Jagd, Fischfang und Rentierhaltung sind.

Was die NATO-Beitrittsanträge von Schweden und Finnland betrifft, machen die Verhältnisse an der 1.340 Kilometer langen finnisch-russischen Grenze besondere Sorgen. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs konnten samische Rentierhalter jahrzehntlang die Grenze ungehindert überqueren, um entlaufene Rentiere einzufangen und Herden umzuleiten. Eine Militarisierung der Grenze würde dem ein Ende setzen und die Rentierhalter in ökonomische Bedrängnis bringen.

Vertreter der Sámi betonen immer wieder, dass sie die Notwendigkeit nationaler Verteidigungspolitik respektieren. Als die deutsche Wehrmacht 1944 aus Norwegen abzog, legte sie die nördlichste Provinz des Landes, die mehrheitlich von Sámi bewohnte Finnmark, in Schutt und Asche. Der Erzählung zufolge blieb auf dem Gebiet, das größer als Dänemark ist, eine einzige Kirche erhalten. Die norwegische Regierung hatte ursprünglich nicht einmal Pläne, die abgelegene Provinz wieder aufzubauen. Der Wiederaufbau verdankte sich einzig

der Eigeninitiative der lokalen Bevölkerung. Frieden ist ein zentrales Thema in der samischen Kultur. Der bekannte samische Dichter Nils-Aslak Valkeapää wurde nie müde zu betonen, dass es in der samischen Sprache kein Wort für »Krieg« gebe. Dass Sámi im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen NATO-Ländern und Russland zum Kampf gegeneinander gezwungen werden könnten, ist für viele Bewohner Sápmis eine schrecklich Vorstellung.

Aber schon jetzt haben die geopolitischen Entwicklungen negative Auswirkungen auf die innersamischen Beziehungen. Aufgrund der gegen Russland verhängten Sanktionen sowie unterschiedlicher Bewertungen des Krieges in der Ukraine nehmen zur Zeit keine samischen Organisationen aus Russland an Sitzungen des 1956 gegründeten Samischen Rates teil. Dieser ist das wichtigste politische Gremium der samischen Gesellschaft und bemühte sich nach Ende des Kalten Krieges um die Integration der in Russland lebenden Sámi. Doch, wie der Historiker indische Vijay Prashad auf der Website des Sozialforschungsinstituts The Tricontinental anmerkte: »In der Arktis wehen wieder die Winde des Kalten Krieges.«

Hintergrund Aufrüstung in Nordeuropa

Seit Jahren arbeiten die militärischen Kräfte des NATO-Mitgliedslandes Norwegen mit denen der Nachbarländer Schweden und Finnland eng zusammen. Das bedeutet auch, dass NATO-Truppen längst auf schwedischem und finnischem Boden Übungen durchführen, nicht zuletzt im Kontext multinationaler Großmanöver wie »Cold Response« oder der »Arctic Challenge Exercise«. Die betreffenden NATO-Einheiten kommen dabei nicht allein aus Norwegen. Wer außerhalb der Touristensaison im Norden Schwedens auf einer der größeren Campinganlagen eine Unterkunft buchen will, wird oft abgewiesen. Alle Hütten sind vom US-Militär belegt. Was dieses dort unternimmt, darf aus Gründen nationaler Sicherheit nicht mitgeteilt werden. Zudem dient das Raumfahrtzentrum der Swedish Space Corporation in Kiruna als Basis für Geoengineering-Experimente. Im März 2021 konnten samische Proteste eine größere Testserie verhindern.

Seit Beginn des Kriegs in der Ukraine werden Militäranlagen nicht nur in Sápmi ausgebaut, sondern auch in der gesamten arktischen Region. Das NATO-Mitgliedsland Dänemark rüstet auf den Färöern auf und in Grönland, wo auch die USA aktiv sind. Der Luftstützpunkt Thule, den die US-Luftwaffe dort seit 1951 betreibt, soll mit vier Milliarden US-Dollar modernisiert werden. Parallel werden grönländische Häfen umgebaut, um US-Kriegsschiffe beherbergen zu können. Das sind Projekte, von denen die Öffentlichkeit Kenntnis hat. Zwischen 1958 und 1966 betrieb das US-Militär auf Grönland eine Militärbasis, das »Camp Century«, im geheimen, um Atomwaffen zu installieren. Nicht einmal die dänische Regierung war zur Gänze in die Aktivitäten eingeweiht. Heute lagern 10.000 Tonnen Atommüll 50 Meter unter der Oberfläche. Im Jahr 2016 kündigte ein kanadisch-schweizerisches Forscherteam angesichts der Eisschmelze noch vor Ende des Jahrhunderts eine ökologische Katastrophe an. Die dänische Regierung initiierte daraufhin das »Camp Century Monitoring Programme«.

Die Aufrüstung in der Arktis ist wesentlich geopolitisch geprägt. Der Einfluss Chinas und Russlands in der Region soll zurückgedrängt werden. Dies wird auch in der Entwicklung des 1996 gegründeten Arktischen Rats deutlich. Ursprünglich gehörten diesem Vertreter Dänemarks, Islands, Norwegens, Schwedens, Finnlands, Russlands, Kanadas und der USA an. Gemeinsam wollte man sich den Herausforderungen des Klimawandels in der Region widmen. Aufgrund des Ukraine-Krieges gibt es seit März 2022 keine russischen Vertreter mehr im Rat, während Schweden und Finnland als letzte der verbliebenen Länder auf dem Weg in die NATO sind. (gk)

»Dann macht der Staat, was er will«

Rentierhaltung in Sápmi und gesteigerte NATO-Militärpräsenz. **Ein Gespräch mit Niila Inga**

Immer wieder tauchen in samischen Medien Berichte darüber auf, dass die Rentierhaltung durch die militärische Präsenz in Sápmi gestört wird. Das betrifft auch Ihre lokale Gemeinschaft, ihr Sameby Laevas, das im Gebiet der Stadt Kiruna liegt. Sie selbst haben sich dazu immer wieder öffentlich geäußert. Was ist das Problem?



Niila Inga ist Vorsitzender der Vereinigung samischer Rentierhalter im Gebiet der Stadt Kiruna in Nordschweden

abgeriegelt, auch uns wird der Zugang verwehrt, oft wochenlang. Wir müssen dann unsere Rentiere einsammeln und die Herden aus dem Gebiet herausführen. Das bedeutet nicht nur viel Arbeit, es setzt die Rentiere auch hohen Belastungen aus. Vor allem aber gibt es keine alternativen Weideplätze, auf die wir sie führen können, weil unser Gebiet an die Gebiete anderer Rentierhalter angrenzt. Das Ganze wird also zu einem Futterproblem, eine schwierige Situation. Dazu kommen die zahlreichen Militärflüge im Bereich des Bergs Kebnekaise, die auch außerhalb des Truppenübungsplatzes

durchgeführt werden. Die Helikopter schrecken die Rentierherden auf, die deshalb ihre Weidegebiete verlassen. Wir dürfen sie dann wieder zurückholen.

Anscheinend hilft das Militär manchmal dabei. Stehen Sie im Dialog mit den Verantwortlichen?
Nun ja. Manchmal scheucht das Militär die Tiere mit den Helikoptern wieder zurück. Man kann das Hilfe nennen. Einen Dialog gibt es, aber der entspricht dem Dialog der Sámi mit dem schwedischen Staat im allgemeinen: Wir dürfen unsere Bedenken vortragen, dann macht der Staat, was er will. Das Militär präsentiert immer fertige Pläne, und wenn wir diese in Frage stellen, macht das kaum einen Unterschied. Aber es gibt auch Erfolge. In Norwegen gelang es den Rentierhaltern der Vereinigung Gielas, nördlich von Narvik, eine große

NATO-Übung im Jahr 2022 zu stoppen.

Wer führt auf dem Truppenübungsplatz Kalixfors Manöver durch? Sind das nur schwedische Militärs?

Nein. Aber genaue Informationen erhalten wir selten. Man verweist immer auf sicherheitspolitische Interessen und hält vieles geheim. Aber schon lange vor dem schwedischen Ansuchen um NATO-Mitgliedschaft haben auch NATO-Truppen hier Übungen durchgeführt. Militärverbände vieler Länder kommen gern hierher, hier gibt es wenigstens noch richtigen Winter.

Wird es im Falle einer NATO-Mitgliedschaft Schwedens und Finnlands zu noch mehr Militärübungen in Sápmi kommen?

Davon müssen wir ausgehen.

Interview: Gabriel Kuhn

Zum einen haben wir im Gebiet unseres Samebys einen großen Truppenübungsplatz, Kalixfors, der vor allen für Winterübungen verwendet wird. Während dieser Übungen wird das Gelände